ZEIT ONLINE

John Rawls

Eine Theorie der Gerechtigkeit

4. März 1983, 8:00 Uhr

AUS DER ZEIT NR. 10/1983

Kein philosophisches Buch der letzten Jahrzehnte hat sofort nach seinem Erscheinen so viel Aufsehen erregt wie 1971 die "Theorie der Gerechtigkeit" des bis dahin wenig bekannten Harvard-Professors John Rawls. Schon der Titel war eine Provokation. Denn: ist Gerechtigkeit überhaupt ein möglicher Gegenstand für eine *Theorie* Die heute übliche Meinung ist, daß Gerechtigkeit eine Standpunktfrage ist.

Eine einfache Überlegung scheint diese relativistische Auffassung zu stützen. Geht man von der nächstliegenden Vorstellung aus, daß ein Gemeinwesen dann gerecht organisiert ist, wenn die sozialen Güter, die in ihm zu verteilen sind – wie Einkommen, Macht, Rechte –, an alle gleichmäßig verteilt sind, erhebt sich der Einwand, daß Gleichbehandlung bei ungleichen Voraussetzungen ungerecht sein könne. Zum Sinn von Gerechtigkeit scheint ein Maßstab zu gehören, und worin dieser bestehen soll, darüber scheint man zu keiner Übereinstimmung kommen zu können. Manche sagen (zum Beispiel): Jedem nach seiner Leistung!", andere "Jedem nach seinen Bedürfnissen! Und schon Aristoteles hat darauf hingewiesen, daß der Maßstab, der einer sozialen Gruppe evident scheint, von den sozioökonomischen Bedingungen abhängt, in denen sie sich befindet.

Gleichwohl scheint eine solche Standpunktbedingtheit, sobald man sich ihrer bewußt wird, dem Sinn von Gerechtigkeit zu widersprechen. Muß es denn nicht, wenigstens der Idee nach, eine Position geben, von der aus man die relative Berechtigung der von den verschiedenen Standpunkten geltend gemachten Maßstäbe ihrerseits beurteilen kann? Das wäre eine Position der Unparteilichkeit. Auch sie ist egalitär, aber im Unterschied zum Standpunkt der Gleichverteilung ist dies ein Egalitarismus höherer Stufe. Er besagt: jeder einzelne ist in gleichem Maße zu *berücksichtigen,* und das kann durchaus zu Ungleichheiten führen.

Läßt sich die Auffassung von Gerechtigkeit als Unparteilichkeit ihrerseits

relativieren? Man versuche es einmal! Sie ist aber einem anderen Einwand ausgesetzt, dem der mangelnden Konkretisierbarkeit. Wie kann man sich in die Lage versetzen, ein soziales Problem unparteilich zu beurteilen? Man darf nicht selbst ein Beteiligter sein und muß das Problem doch aus der Perspektive der Beteiligten, und zwar aller Beteiligten, beurteilen. Dazu scheint ein Kraftakt der Phantasie erforderlich.

Als Leitfaden für diesen Kraftakt schlägt Rawls folgendes fiktive Verfahren vor. Wir lassen, sagt er, das Problem nicht von einem Unbeteiligten, sondern von den Beteiligten selbst entscheiden, aber wir binden ihnen, wie der Gestalt der Justitia, einen "Schleier der Unwissenheit" um: sie sollen nur das reale Problem selbst kennen, nicht hingegen wissen, welche Stelle sie darin einnehmen werden. Und nun brauchen wir bei ihnen keinen. Gerechtigkeitssinn vorauszusetzen. Wir lassen sie wählen, wie sie das Problem aus der Perspektive ihres Eigeninteresses gelöst sehen möchten.

Dieses Modell ließe sich auf beliebige Gerechtigkeitsprobleme anwenden. Rawls führt es nur für den speziellen, aber grundlegenden Fall durch, der die Gerechtigkeit der Prinzipien betrifft, die die fundamentale Struktur einer Gesellschaft festlegen. In diesem Fall nimmt die Entscheidung, die unter dem Schleier der Unwissenheit stattfinden soll, die Form einer "ursprünglichen Übereinkunft" an.

Rawls versucht ausführlich zu begründen daß man sich dabei auf folgende Prinzipien einigen würde: 1. Die fundamentalen Bürgerrechte sind zu gewährleisten, und mit Bezug auf sie gilt strikte Gleichheit. 2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten können gegebenenfalls im Interesse aller sein; das heißt aber, sie sind nur dann berechtigt, wenn sie auch den am wenigsten Begünstigten mehr Vorteile bringen als strikte Gleichheit; außerdem ist soweit wie nur möglich Chancengleichheit zu gewährleisten. 3. Das erste Prinzip hat absoluten Vorrang vor, dem zweiten, das heißt eine Einschränkung der Bürgerrechte zugunsten ökonomischer Vorteile soll ausgeschlossen sein. Aus diesen Prinzipien folgt, daß der soziale und liberale demokratische Staat das einzige gerechte politische System ist. Rawls verkörpert das Beste in der amerikanischen politischen Tradition und hat ihm erstmalig seit dem 18. Jahrhundert wieder ein philosophisches Fundament gegeben. Das ermöglicht sein Rückgriff auf das "kontraktualistische" (vertragstheoretische) Denken der Aufklärung, das seit Anfang des 19. Jahrhunderts in der englischen und amerikanischen Philosophie durch den Utilitarismus verdrängt worden war. Dem Utilitarismus zufolge ist dasjenige gesellschaftliche System das beste, das das größte Glück der meisten befördert (gleichgültig wie es sich verteilt).